

**V19** Keine Abschiebungen nach Afghanistan oder Syrien, Keine Asylverfahren in Drittstaaten, Keine Abschiebung bei Likes!

Antragsteller\*in: Petra Lippegaus (KV Paderborn)

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

### 1 Keine Abschiebungen nach Afghanistan oder 2 Syrien, Keine Asylverfahren in Drittstaaten, 3 Keine Abschiebung bei Likes!

- 4 1. Bündnis 90/Die Grünen NRW lehnt mit Verweis auf die Menschenrechte  
5 Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien ab.
- 6 2. Wir lehnen Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren ab und verteidigen  
7 konsequent das Grundrecht auf Asyl.
- 8 3. Wir lehnen den Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausweisungsrechts im  
9 Aufenthaltsgesetz ab.

### 10 Keine Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien

11 Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind menschenrechtswidrig. In beiden  
12 Ländern gibt es Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen, die  
13 jegliche Abschiebungen völkerrechtlich verbieten. So verweist Pro Asyl auf die  
14 Rechtslage: „Niemand darf abgeschoben werden, wenn nach der Abschiebung Folter  
15 oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung droht. Das  
16 ergibt sich aus dem absoluten Folterverbot, das unter anderem in Artikel 3 der  
17 Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und Artikel 4 der EU-  
18 Grundrechtecharta normiert ist. Dieses Verbot ist absolut und gilt  
19 uneingeschränkt für alle Menschen – auch für Personen, die Straftaten begangen  
20 haben. Ihre Strafen müssen sie in Deutschland verbüßen.“

21 Auch der frühere CDU-Ministerpräsident des Saarlandes und ehemalige  
22 Verfassungsrichter Peter Müller spricht von "billigem Populismus". Wir fordern:  
23 Die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesrepublik muss im Rahmen der  
24 unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechte bleiben. Die  
25 Lageeinschätzung in Afghanistan darf nicht schon wieder politisch unrealistisch  
26 gefälscht werden, um Abschiebungen zu ermöglichen. Die aktuelle Lage lässt laut  
27 Gerichtsurteilen in Deutschland und des EGMR keine Rückführungen nach  
28 Afghanistan oder Syrien zu.

29 Abgeschobene, Rückkehrer\*innen und ihre Familien sind in Afghanistan in großer  
30 Gefahr, das belegt eine Studie von der Diakonie und Brot für die Welt. Sie kommt  
31 zu dem Ergebnis, dass für diese Personengruppe ein erhöhtes Risiko für  
32 Verfolgung besteht.

33 Auch für Syrien stellt laut Tagesschau das Auswärtige Amt in einem Bericht fest:  
34 "Eine sichere Rückkehr Geflüchteter kann derzeit für keine Region Syriens und  
35 für keine Personengruppe gewährleistet, vorhergesagt oder gar überprüft werden".

36 Wir lehnen es zudem ab, Geld an die Taliban zu zahlen oder sie diplomatisch als  
37 legitime Regierung anzuerkennen, um über Abschiebungen zu verhandeln. Der  
38 Counterpart von Nancy Faeser - der afghanische de-facto Innenminister - Haqqani  
39 ist ein international gesuchter islamistischer Topterrorist. Auf seine  
40 Ergreifung sind 10 Millionen US-Dollar Kopfgeld vom FBI ausgesetzt.  
41 Abschiebungen über Nachbarländer wie Usbekistan oder Pakistan haben die Taliban  
42 bereits ausgeschlossen.

#### 43 Ablehnung der Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren in 44 Drittstaaten („Ruanda-Modelle“)

45 Großbritannien versucht seit Jahren erfolglos, Asylverfahren an Ruanda  
46 auszulagern. Selbst wenn Gerichte das ermöglichen würden, sind die exorbitanten  
47 Kosten von 500.000-2.000.000 Euro pro Abgeschobener Person ein Beleg dafür, dass  
48 es sich hier um eine asylpolitische, populistische Sackgasse handelt. Das  
49 Albanien-Modell, das von der postfaschistischen Regierung Italiens  
50 vorangetrieben wird, ist auf Deutschland nicht übertragbar, da die betroffenen  
51 Personen dafür in internationalen Gewässern aufgegriffen werden müssen. Eine  
52 Gerichtsentscheidung zur rechtlichen Zulässigkeit des Modells in Italien steht  
53 noch aus.

54 Wir lehnen Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren ab und verteidigen  
55 konsequent das Grundrecht auf Asyl. Damit schließen wir Grüne NRW uns den  
56 Positionierungen zahlreicher Sachverständiger, des UNHCR und  
57 Menschenrechtsorganisationen an, die vor menschenrechtlichen Problemen warnen.  
58 Die Erfahrung mit bisherigen Modellen zeigt einer Stellungnahme vom Amnesty  
59 zufolge, dass bisher kein Versuch der Auslagerung von Asylverfahren ohne  
60 Menschenrechtsverletzungen auskam.

61 Wir stimmen Pro Asyl zu: „Mit diesem Vorschlag würde das Asylrecht in Europa  
62 faktisch abgeschafft. Denn Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen,  
63 könnten auf dieser Basis in Deutschland und der Europäischen Union keinen Schutz  
64 mehr bekommen. Die Bundesregierung sollte von diesem Irrweg klar Abstand nehmen  
65 und sich stattdessen für die Achtung internationaler und europäischer  
66 Schutzstandards, für eine effektive Unterstützung der Kommunen und für sichere  
67 Fluchtwege einsetzen.“

68 Es muss Schluss sein, mit dem gegenseitigen Überbietungswettbewerb mit immer  
69 noch radikaleren Forderungen.

#### 70 Rechtsstaatliche Grundsätze müssen unangetastet bleiben: 71 Mehr Ressourcen für die Strafverfolgung statt Like-Polizei

72 Hasskriminalität, Desinformation und Radikalisierung im Netz sollte stärker  
73 bekämpft werden. Deswegen begrüßen wir im Grundsatz die Initiative der  
74 Bundesregierung, einen verstärkten Fokus darauf zu legen. Der aktuelle  
75 Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausweisungsrechts wirft jedoch erhebliche  
76 Fragen auf. Das eigentliche Ziel, Terror und Hass im Netz zu bekämpfen, wird  
77 dieser Gesetzentwurf unserer Auffassung nach so nicht erreichen.

78 Die "Billigung", das Verbreiten von terrorverherrlichenden Inhalten, soll laut  
79 Gesetzentwurf ausreichen, damit ein „schweres Ausweisungsinteresse“ vorliegt.

80 Diese sehr unspezifische Formulierung könnte übereinstimmenden Medienberichten  
81 zufolge und unter Berufung auf ein Gerichtsurteil im Anhang des Gesetzentwurfes  
82 auch Likes und Kommentare in sozialen Netzwerken einbeziehen. Eine  
83 strafrechtliche Verurteilung soll vor einer Ausweisung nicht notwendig sein. Wir  
84 wollen in unserem Rechtsstaat keine Like-Polizei, die Bürgerinnen und Bürger  
85 massiv überwacht und Strafen verhängt, wenn man aus Versehen die falschen  
86 Beiträge liked. Stattdessen brauchen wir endlich genügend Ressourcen, um die  
87 wirklichen Verbrecher dingfest zu machen.

88  
89 Wer schon einmal mit Hassverbrechen im Netz konfrontiert war, weiß, wie  
90 überlastet und überfordert die Strafverfolgungsbehörden sind. Kaum ein Täter  
91 wird gefasst. Hier braucht es endlich eine angemessene Ausstattung der  
92 Strafverfolgungsbehörden, damit Straftäter sich durch Straflosigkeit nicht  
93 länger in ihren Taten bestärkt fühlen, Hass schüren und Menschen mit  
94 extremistischer Ideologie verführen können.

95  
96 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, im parlamentarischen Verfahren dafür zu  
97 sorgen, dass hier keine Regeln geschaffen werden, die willkürliches  
98 Behördenhandeln fördern oder rechtliche Unklarheiten verschärfen. Law-and-Order-  
99 Schnellschüssen sollten wir klare Absagen erteilen.

100 Die aktuellen Debatten um Auslagerung und Abschiebung leisten keinen ernsthaften  
101 Beitrag zur Lösung der Fragen von Migration oder Asyl und erst nicht zu  
102 Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Der Abbau  
103 von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit wird nicht zu Verbesserungen  
104 beitragen, sondern das vorhandene Chaos und Leid noch verschärfen

105  
106 Wir stellen uns klar gegen eine Politik der unrealistischen Polemik, die  
107 Erwartungen weckt, die sie nie erfüllen kann. Stattdessen brauchen wir einen  
108 ernsthaften Politikstil, der die Arme hochkrepelt, die Menschenwürde in Sprache  
109 und Praxis achtet und sich der Lösung konkreter Probleme widmet. Weniger  
110 sinnlose Bürokratie, mehr Investments in die Integration und einen Turbo für die  
111 Arbeitsmarktintegration sind ebenso wichtig, wie eine Infrastruktur bei Bildung,  
112 Gesundheit und Wohnen, die dem Einwanderungsland Deutschland gerecht wird.

## Begründung

### Begründung der Dringlichkeit

Die Beschlüsse der Ministerpräsident\*innenkonferenz wurden erst am 20.06. gefasst. Der Kabinettsbeschluss zur Verschärfung des Ausweisungsrechts wurde am 26.06. gefasst. Relevante Stimmen zur Unterstützung von Rückführungen nach Afghanistan wurden erst in den letzten Tagen lauter, sodass hier eine Diskussion und Positionierung drängt.

### Unterstützer\*innen

Sabine Yüendem (KV Remscheid); Cim Kartal (KV Bielefeld); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Patrick Jedamzik (KV Gelsenkirchen); Helena Jamal (KV Essen); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Petra Balje (LV Grüne Jugend NRW); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Gaby Grosser-Tatoglu (KV Bielefeld); Emelie Segler (KV Minden-Lübbecke); Salvatore Mancuso (KV Köln); Denise Frings (KV Wuppertal);

Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); René Knott (KV Minden-Lübbecke); Svenja Bloom (KV  
Münster); Judith Erichlandwehr (KV Kleve); Jenny-Mai Guse (KV Düsseldorf); Lilli Hampeter (KV  
Düsseldorf); Clara Padberg (KV Bochum); Irmgard Pehle (KV Herford); Anja Boenke (KV Leverkusen);  
Selim Korkutan (KV Recklinghausen); Yousra El Makrini (KV Düsseldorf); Fabian Schalm (KV  
Düsseldorf); Sanjev Vijayakumar (KV Recklinghausen)